

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juni 2016

Nr. 06 · 12. Jahrgang

## Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“ erfolgreich

Im Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“ haben sich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt entschieden: Sie wollen NICHT, dass die letzten stadtbildprägenden Bauten der Nachkriegs-epoche in Zeiten knapper Kassen aus öffentlichen Mitteln abgerissen werden. Und sie wollen auch KEINE Stadt, in der Luxuswohnungen und überteuerter Leerstand die Stadtmitte prägen und andererseits Räume für Bildung, Wissenschaft und Kreativität an den Stadtrand gedrängt werden.

Im Bereich des Sanierungsgebiets „Pots-

damer Mitte“ bestehen mit dem Hochschulgebäude und dem benachbarten Wohnhaus am Alten Markt 10 („Staudenhof“) bedeutende Potenziale für eine sozialverträgliche, zukunftsweisende und generationengerechte Weiternutzung des Bestands. Der Verkauf weiterer öffentlicher Liegenschaften wäre unumkehrbar und würde der Stadt und zukünftigen Generationen sämtliche Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Zentrum nehmen.

Die Initiative begrüßt den vom Sanierungsträger Potsdam angekündigten Besucher-Informationcontainer. Bleibt dieses jedoch nur bei einer Information, wird der von einer großen Zahl PotsdamerInnen geforderte Teilhabeprozess nicht eingelöst. Deshalb füllen wir diesen Part mit dem Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“,

im ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Das ist echte Mitwirkung am stadtentwicklungspolitischen Meinungsbildungsprozess. Auf das Bürgerbegehren angesprochen, betonte auch der Präsident der Brandenburgischen Architektenkammer, Bernhard Schuster, in einem Zeitungsinterview den erforderlichen Teilhabeprozess. „Wir schließen uns seiner Meinung an, dass die Stadtführung in einen Diskurs treten und nicht durch Taktik einen Teil der Stadtgesellschaft abdrängen sollte“, so die Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“.

Und schließlich betonte die Initiative: „Unser Werben für das Bürgerbegehren ‚Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte‘ ist erfolgreich. Nach 37 Tagen (Pfungstsonntag) intensiven Sammelns, auch durch unsere UnterstützerInnen wie die Partei DIE LINKE, konnten wir ca. 11.300 Unterschriften zählen. Seither läuft der Endspurt auf Hochtouren. Denn wir wollen das nötige Quorum zu Ende Mai/Anfang Juni erreichen. Und: Wir bedanken uns bei allen UnterstützerInnen!“.

*Initiative und Netzwerk  
„Potsdamer Mitte neu denken“*



## Mehr gute Arbeit und gerechte Löhne

Wir kämpfen gemeinsam mit den Gewerkschaften nicht nur am 1. Mai für gute Arbeit und gerechte Löhne. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der jede/r von seiner/ihrer Arbeit leben kann und vor Altersarmut bewahrt wird.

Was ist „Gute Arbeit“? Auf diese Frage antworten die meisten Menschen: Meine Arbeit soll sicher sein und anständig entlohnt werden. Sie soll meiner Gesundheit nicht schaden. Ich möchte mitbestimmen können. Arbeit ist gut, wenn ich auch genügend Zeit für meine Freunde und Familie habe.

Allzu häufig macht Arbeit krank. Gründe hierfür sind zu hohe körperliche und psychische Belastungen, nicht zuletzt auch zu lange und wenig planbare Arbeitszeiten. Nur jeder zweite Beschäftigte geht davon

aus, seine Arbeit bis zum Rentenalter ausüben zu können. Jeder Dritte hat daran sogar erhebliche Zweifel.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben dafür gesorgt, dass schlecht bezahlte und unsichere Arbeit sich ausbreitet und gute Arbeit immer seltener wird. Ihre Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik folgt dem Motto „besser irgendein Job als gar keiner“.

Politisches Handeln muss sich am Leitbild Guter Arbeit orientieren. Statt prekärer oder gesundheitsschädlicher Beschäftigung sind mehr gut entlohnte und altersgerechte Arbeitsplätze notwendig.

Die Fraktion DIE LINKE fordert als erste Schritte hin zu mehr Guter Arbeit:

- Einführung eines flächendeckenden

gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 10 Euro pro Stunde.

- In der Leiharbeit muss sofort das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung ab dem ersten Einsatztag gelten. Langfristig muss Leiharbeit verboten werden.

- Minijobs sind sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichzustellen. Jede Stunde Arbeit soll voll sozialversicherungs- und steuerpflichtig sein.

- Die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit muss in einem ersten Schritt von 48 Stunden pro Woche auf 40 Stunden reduziert werden. Die Arbeitszeit muss sich mehr an den Wünschen der Beschäftigten und weniger an den Ansprüchen der Unternehmen ausrichten.

*(Fortsetzung auf Seite 2)*

## In dieser Ausgabe

### LINKS INFORMIERT

- 2** Ehrenamt in Potsdam am Beispiel der AWO

### LINKS IM PARLAMENT

- 3** Norbert Müller zu: Pflege sozjetischer Ehrenmale/„Ende Gelände und die Energiewende/Nachlese 1. Mai 2016

### LINKS IM RATHAUS

- 4** Bürgerbegehren und Leitbau-tenkonzept/Notizen aus der SVV/Bedarfsgerechte Müllabfuhr – Erfolg der LINKEN

### LINKS NOTIERT

- 5** Atom-Meiler Wannsee abschalten/Blick hinter AfD-Kulissen

### POTSDAM-WEST/ WESTL. ORTSTEILE

- 6/7** „Scholle 34“ unterstützen/Spendensammelstelle Haeckelstraße/Integrationspreis 2016/Kino Charlott – wie weiter?

### SERVICE

- 8** „Enkeltauglich“ vorgestellt/ Die Potsdamer LINKE und ihre traditionelle „Himmelfahrts-Tour“/Tipps&Termine/Rätsel

## Informationen der Redaktion:

Die nächste Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am ersten Dienstag des Juli, am 05.07.2016. Im Mittelpunkt stehen Waldstadt und Am Schlaatz. Redaktionsschluss ist am 17. Juni 2016.

Die Redaktion

(Fortsetzung von Seite 1)

- Psychische Belastungen müssen verringert und die Arbeit altersgerecht gestaltet werden. In diesem Sinne muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessert und um eine Anti-Stress-Verordnung ergänzt werden.

- Hartz IV muss durch eine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung ersetzt werden. Gleichzeitig müssen die Zumutbarkeitskriterien in der Arbeitslosenversicherung geändert werden – Löhne unterhalb von 10 Euro, Leiharbeit und Minijobs gelten nicht mehr als zumutbar und die Qualifikation muss ebenso wie die vorherige Lohnhöhe wieder berücksichtigt werden.

- Für Menschen mit Behinderungen ist ein beschäftigungspolitisches Rahmenprogramm aufzulegen, das dem Grundsatz folgt, so wenig Sonderarbeitswelten wie möglich so regulär wie möglich auszugestalten und schrittweise Rahmenbedingungen für eine inklusive Arbeitswelt für alle Beschäftigten zu schaffen.

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke ◀ Monatszeitung  
für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE.  
Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dor-  
tustraße 53, 14467 Potsdam.

**REDAKTION:** medien punkt potsdam; Hesse-  
straße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin**  
(V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo.**  
**Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktions-  
sekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;  
email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische  
Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160  
500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 Lese-  
rInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur  
mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.  
Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als  
Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder  
der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen  
die persönliche Meinung des/der AutorIn dar.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw.  
Fotos kann keine Haftung übernommen wer-  
den. Für die Veröffentlichung von Leserpost  
behält sich die Redaktion das Recht sinnwahr-  
ender Kürzungen vor.

**DRUCK:** Nordost-Druck GmbH  
Neubrandenburg.

# Ehrenamtler – unverzichtbares „Herz Potsdams“

Ohne das Ehrenamt zehntausender Potsdamer wäre auch unsere Stadt eine andere. Die ungezählten ehrenamtlichen Leistungen machen die Stadt nicht nur bunt und lebenswert, sondern auch lebenswert und menschlich. Vor allem aber hält dieses Ehrenamt die Stadtgesellschaft zusammen, schafft Gemeinschaften und Gemeinsamkeit, verbindet die Einzelnen mit der Gemeinschaft und die Gemeinschaft mit den Einzelnen. Das ist unverzichtbar und mit nichts zu bezahlen.

Einen Träger der abwechslungsreichen, farbenfrohen und vielgestaltigen Potsdamer Ehrenamts-Szene finden wir im AWO Bezirksverband Potsdam e.V. „PaS“ informierte sich beim Leiter der AWO-Ehrenamtsagentur Bernd Schulze.

Die AWO Ehrenamtsagentur Potsdam fördert, stärkt und vernetzt alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Wirksamkeit des ehrenamtlichen Engagements. Sie ist Bindeglied zwischen interessierten Bürgerinnen/Bürgern und Mitgliederverbänden sowie Einrichtungen des AWO Bezirksverband Potsdam e.V.. Die Ehrenamtsagentur bildet eine Schnittstelle zu externen Auftraggebern, z.B. Kommunen und Unternehmen.

Bernd Schulze zu Einzelheiten: „Die AWO Ehrenamtsagentur Potsdam koordiniert und moderiert den Gesamtprozess der ehrenamtlichen Tätigkeit, von der Gewinnung interessierter Bürgerinnen/Bürger über die Gestaltung der Zusammenarbeit mit ihnen bis zu persönlicher und öffentlicher Würdigung und Anerkennung,

- ermittelt den Bedarf für ehrenamtliches Engagement und entwickelt entsprechende Angebote für Bereiche der praktischen sozialen Arbeit unserer Einrichtungen,



- bietet während der Ausübung des Ehrenamtes die Möglichkeit einer kostenfreien Unfall- und Haftpflichtversicherung sowie angemessenen Auslagenerstattung und unterbreitet kostenlose Bildungsangebote zu einrichtungs- / projektbezogenen sowie grundsätzlichen und aktuellen Themen ehrenamtlicher Tätigkeit.“

### Viele Einsatzmöglichkeiten

Im Rahmen des ehrenamtlichen Einsatzes bietet sich den Interessenten die Möglichkeit

- die Bildung von Kindern/Jugendlichen zu unterstützen, z.B. durch Vorlesen, Vermittlung altersgerechter Kenntnisse, Unterstützung sprachlicher Entwicklung, Förderung eines ökologisch bewussten Verhaltens sowie alles, was Spaß und Sinn macht.

- Familien/Seniorinnen/ Senioren mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, z.B. durch Beratung und Betreuung bei der Erledigung

von Alltäglichem, bei Behörden- sowie Spaziergängen, beim Besuch kultureller Veranstaltungen oder einfach damit, Verständnis aufzubringen und zuzuhören.

- Migrantinnen/Migranten, Aussiedlerinnen/Aussiedler und/oder Obdachlose auf dem Weg in die gesellschaftliche Integration zu unterstützen, z.B. bei der Erledigung von Behördenangelegenheiten, als Orientierungshelfer in der Umgebung und durch gemeinsame Unternehmungen Verständnis für Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu entwickeln und zu ermöglichen.

- in Mitgliederverbänden/Einrichtungen des AWO Bezirksverband Potsdam e.V. in anderer Weise ehrenamtlich tätig zu werden, z.B. durch Mitarbeit in Kreis- und Ortsverbänden, bei der Organisation von Veranstaltungen, bei der Mitgliederwerbung, der Akquise von Spendenmitteln und bei der Förderung von eigenen Projekten.

### Weitere HelferInnen gefragt

„Für andere etwas Gutes zu tun und sich aktiv und verantwortungsvoll in die Gesellschaft einzubringen, ehrenamtlich tätig zu sein heißt: Gleichzeitig für sich selbst etwas tun, Kontakte zu anderen Menschen aufzubauen und dabei eigene Erfahrungen und Kompetenzen einzubringen. So wird schon mal vom ‚Tafelsilber der Stadt‘ gesprochen, ein anderes Mal vom ‚Salz in der Suppe‘ oder auch vom ‚Herz Potsdams‘.“, so Bernd Schulze.

Und er weist darauf hin, dass in allen Einrichtungen der AWO HelferInnen gefragt sind. So auch im Spenden- und Tauschladen „Schatztruhe“ am Schlaatz.

Wer also Interesse hat, der/die rufe an unter 0331/60097922. Dort in der AWO-Ehrenamtsagentur bekommt man umfassende Auskünfte wie, wo und wann man sich ehrenamtlich nützlich machen kann.





## Gebaute Erinnerung an die Befreiungstat

**Niemals vergessen: Erhaltung und Pflege sowjetischer Ehrenmale und Kriegsgräber – Eine gesamtstaatliche Aufgabe!**

Jährlich zum 8. Mai feiern Menschen den Tag der Befreiung und am 9. Mai den Tag des Sieges über das faschistische Deutschland. Doch 71 Jahre nach Kriegsende und 75 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion gibt es nur noch wenige ZeitzeugInnen, die aus eigenem Erleben vom Kampf gegen den deutschen Faschismus berichten können. Umso wichtiger sind sowjetische Kriegsgräberstätten und Ehrenmale. Sie sind gebaute Erinnerung an die Verbrechen der NationalsozialistInnen.

Vielen sind das Ehrenmal im Treptower Park in Berlin oder die Gedenkstätte Seelower Höhen bekannt. In Ostdeutschland gibt es insgesamt 574 sowjetische Denkmäler und Kriegsgräber, die an die gefallenen Rotarmisten im Kampf um die Befreiung Deutschlands vom Faschismus erinnern, davon allein 277 in Brandenburg. Oftmals werden diese Orte der Erinnerung durch ehrenamtliches Engagement von BürgerInnen gepflegt. Leider sind viele aber in einem erschreckend schlechten Zustand: Die Obelisken, Tafeln

und Gräber sind teilweise eingewachsen, verwittert oder auch bewusst zerstört.

1990 hat die Bundesrepublik im deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsabkommen und im 2+4-Vertrag die Verantwortung für die Pflege und den Erhalt der Denkmäler zugesichert. Hier heißt es: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß die auf deutschem Boden errichteten

Denkmäler, die den sowjetischen Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gewidmet sind, geachtet werden und unter Schutz deutscher Gesetze stehen. Das Gleiche gilt für die sowjetischen Kriegsgräber, sie werden erhalten und gepflegt.“

Gleichzeitig tut die Bundesregierung seit Jahren wenig, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. Stattdessen verweist sie darauf, dass der Denkmalschutz eine Aufgabe der Länder sei. Die Denkmalschutzbehörden gehen wiederum davon aus, dass die jeweiligen EigentümerInnen für Erhalt und Sanierung zuständig sind. Die EigentümerInnen sind in der Regel die Kommunen, eben jene, die seit Jahren chronisch unterfinanziert sind und selbst bei vorhandenem politischen Willen keine Mittel zum Erhalt der Gedenkorte aufwenden können. In der Folge kommt es dann, wie es kommen muss: Die Stätten verweisen und verfallen.

Das Durchreichen der Zuständigkeit bis in die klammen Kommunen führt zu einem inakzeptablen Zustand der Verantwortungslosigkeit. Nicht nur, dass die Bundesregierung ihren internationalen Verpflichtungen gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht nachkommt. Schlimmer wiegt die konsequente Missachtung des Ansehens derjenigen, die ihr Leben im Kampf um die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus verloren.

Aufgrund der besonderen Verantwortung Deutschlands und vor dem Hintergrund neu aufkeimender nazistischer Bewegungen ist es notwendig, dass die Bundesregierung ihrer internationalen Verpflichtungen nachkommt und die Pflege und Sanierung dieser Mahnmale als gesamtstaatliche Aufgabe anerkennt und gezielt und flächendeckend Mittel für die Instandhaltung und Sanierung aufbringt.

Norbert Müller, MdB DIE LINKE



Überall in der DDR erinnerten würdige Ehrenmale an die gefallenen Befreier und wurden sowjetische Friedhöfe gepflegt. Das Bild zeigt das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow.

Foto: ddr-kabinett-bochum/Archiv

## „Ende Gelände“ legt Finger in Wunde der Energiewende

Das Aktionsbündnis von ‚Ende Gelände‘ hat den Finger in die Wunde der Energiewende gelegt. Mit ihrem kreativen Protest und zivilen Ungehorsam haben tausende Aktivistinnen und Aktivisten über Pfingsten ein friedliches Zeichen für eine ökologische und nicht profitgetriebene Energieversorgung gesetzt. Und mit Erfolg aufgezeigt, dass ein nationales Kohleausstiegsgesetz und geregelter Strukturwandel dringend notwendig sind, um Beschäftigten, Unternehmen und Kohlerevierern eine Perspektive zu geben statt diese weiter gegen Klimaschutz und die Gesundheit zu betreiben.

Als parlamentarische BeobachterInnen vor Ort haben wir uns von der Friedlichkeit der bunten und internationalen Proteste

durch ‚Ende Gelände‘ und Lausitz-Camp überzeugen können. Die Organisatoren und Organisatorinnen von ‚Ende Gelände‘ haben ihren angekündigten Aktionskonsens nichtgewaltsamer Blockaden von Produktionsanlagen, Infrastruktur und Tagebaugruben zum überwiegenden Teil durchsetzen können. Es ist zu begrüßen, dass sich die Landespolizei nicht zum Erfüllungsgehilfen des Kraftwerkbetreibers hat machen lassen, so wie 2015 in NRW geschehen, und stattdessen weitestgehend auf Deeskalation gesetzt hat.

In der Energiepolitik ist Handeln dringend angesagt. Für die Erfüllung des Pariser Klimaabkommens und das Erreichen der deutschen Klimaschutzziele müssen Kohle-

gebäude und Kohlemeiler bis spätestens 2035 der Vergangenheit angehören. Durch die Blockade des Kraftwerkes Schwarze Pumpe ist es nicht zu Versorgungsengpässen gekommen. Die Kohleindustrie hat keine lange Zukunft. Besonders den Gewerkschaften fällt darum eine besondere Verantwortung zu, sich im Interesse der Beschäftigten an der Erarbeitung eines nationalen Konsenses zum Kohleausstieg aktiv zu beteiligen. Der Bund muss Mittel für einen Strukturfonds zur Verfügung stellen, damit in den betroffenen Regionen neue zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Norbert Müller (MdB)

## Mai-Demo und Familienfest

Auch auf der diesjährigen Mai-Demo und dem anschließenden Familienfest waren wir wieder mit Kamera und Notizblock unterwegs auf dem Potsdamer Alten Markt.



Zwei kleine „Demonstranten“



Beim Kuchenbasar wurde wieder kräftig zugehakt.



Charity (r., aus Nigeria) und Christin (Kenia) hatten auch ihren Spaß am Verkaufen ihrer Speisen.



LINKE-Landesvorsitzender Christian Görke informierte sich über das Bürgergehren.



## Erfolg auf der ganzen Linie

### Bedarfsgerechte Müllabfuhr ist nun möglich und spart den Bürgern Kosten!

Wir haben einen durchschlagenden Erfolg errungen! Im Herbst 2015 wurden unsere Vorschläge noch im Widerstreit mit der Stadtverwaltung in Prüfaufträge gewandelt. Die Satzung 2016 wurde zunächst mit hohen Kosten und der Zwangspflicht einer wöchentlichen Leerung aller Biotonnen durchgesetzt. Wir hatten beantragt, auch eine Möglichkeit für eine 14-tägige Leerung von Biotonnen zuzulassen. Nach Nachfragen unserer Fraktion hat nun eine Prüfung unserer Vorschläge stattgefunden. Es wurde festgestellt, dass es sehr wohl möglich ist, auch eine 14-tägige Leerung von Biotonnen durchzuführen, die nicht alle Woche voll werden. Es wurde eine neue Satzung 2016 der StVV vorgelegt. Die Vorteile waren so gravierend, dass die neue Satzung ohne vorherige Ausschussüberweisung sofort am 04. Mai 2016 beschlossen wurde! Was ist neu? Fast alle Gebühren sind gegenüber dem Beschluss vom 02.12.2015 etwas verringert worden. Nun darf jeder Haushalt auch freiwillig seinen Leerungsrhythmus für die Biotonnen von wöchentlich auf zweiwöchentlich umstellen. Dabei halbiert sich für die betreffenden Haushalte die Gebühr für Biomüll! Waren es für 60 Liter wöchentlich in der alten Satzung noch 76,30 € pro Jahr so sind es nun bei 14-tägiger Leerung nur 27,03 €. Bisher 152,79 € für 120 Liter wöchentlich ändern sich in 54,07 € für 14-tägige Leerung. Das gilt auch entsprechend für andere Behältergrößen. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft. Es ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass jeder Grundstückseigentümer 1x im Jahr kostenfrei seine Tonnengrößen oder Entleerungsintervalle ändern darf. Mieter dürfen die Wünsche über ihre Vermieter anmelden. So ist es nun möglich bedarfsgerechte Müllabfuhr zu fahren, was unnötige LKW-Fahrten spart, die Umwelt schon und vielen Bürgern Gebührenersparnisse ermöglicht, wenn sie bedarfsgerecht ihre Tonnen anmelden. Unser Einsatz für Bürger hat sich gelohnt.

Ralf Jäkel.

## Bürgerbegehren und Leitbautenkonzept

Schon vor der Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung hatte der Oberbürgermeister als klare Forderung zum Ausdruck gebracht, dass das konkretisierte Leitbautenkonzept für die Potsdamer Mitte schnell zum Beschluss geführt wird. Dabei geht es in dieser fortgeschriebenen Planung einschließlich von zwei Aufstellungsbe-

schlüssen für Bebauungspläne um die grundsätzliche Weichenstellung für das historische Stadtzentrum. Der Oberbürgermeister und die Rathauskooperation wollen mit der alten Blockstruktur den historischen Stadtgrundriss wiederherstellen. Das hat zur Folge, dass sowohl das Gebäude der Fachhochschule als auch das große Wohn-

haus am Staudenhof abgerissen werden sollen. Dagegen richtet sich das Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“, das sich zudem gegen den Abriss des Hotels „Mercure“ ausspricht. Es ist unverkennbar, dass dieses Bürgerbegehren dem Oberbürgermeister gegen den Strich geht. Offensichtlich hofft er darauf, mit dem Beschluss zum Leitbautenkonzept vor einer Feststellung der Gültigkeit des Bürgerbegehrens vollendete Tatsachen schaffen zu können. Vor diesem Hintergrund kam es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den LINKEN auf der einen und dem Oberbürgermeister und den Vertretern der Rathauskooperation auf der anderen Seite. Von Sachlichkeit war nichts zu spüren. Stattdessen von der Rathausmehrheit waghalsige Unterstellungen und Vorwürfe gegen die Linksfraktion. Trotzdem setzten wir durch, dass die Vorlage des Oberbürgermeisters zum Leitbautenkonzept in sieben Ausschüsse überwiesen wurde. Die Linksfraktion fordert zudem mit einem Änderungsantrag die Durchführung einer Einwohnerversammlung, in der das Leitbautenkonzept vor der Beschlussfassung vorgestellt und diskutiert werden soll. Schließlich sollen die Potsdamerinnen und Potsdamer unmittelbar in die Diskussion um die Potsdamer Mitte einbezogen werden. Im Umgang mit dem Leitbautenkonzept und dem Bürgerbegehren zeigt sich letztlich, wie ernst es dem Oberbürgermeister und den Fraktionen von SPD, CDU und Grünen mit der Bürgerbeteiligung in Potsdam ist.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



## DIE LINKE: Mit den Bürgern – für die Bürger

Dieses Grundprinzip trägt die Arbeit der Fraktion ganz wesentlich. Wie wichtig und richtig es ist, Bürgeranliegen aufzunehmen, zeigte sich wieder in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai 2016.

In der Diskussion zur neuen Satzung über die Sondernutzung von Straßenland wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass die vorgesehene Steigerung der Gebühren für Kleinkunst, Wochen-, Spezial- und Traditions- und Trödelmärkte für die Betroffenen nicht zu schultern ist, das Aus für einige Initiativen bedeuten könnte. Also haben wir gefordert, diese Gebühren nicht zu erhöhen - mit Erfolg.

Ein Hilferuf erreichte uns aus dem Integrationsgarten am Schlaatz. Die dort seit 1990 geleistete wertvolle pädagogische Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Migrantinnen und Geflüchteten war und ist in hohem Maße von ehrenamtlichem Engagement getragen, ergänzt durch immer wieder neu zu beantragende Projektförderung. Vieles, was über Jahre entstanden ist, droht wegzubrechen. So kann die angelegte Streuobstwiese und der Pfad der

Sinne nicht mehr gepflegt werden. Um die Arbeit kontinuierlich fortsetzen zu können, bedarf es einer zuverlässigen Finanzierung. Das haben wir beantragt: Mit dem Haushalt 2017 soll eine stabile Grundfinanzierung für Sach- und Personalkosten gesichert werden. Der Antrag wurde beschlossen.

Bürger hatten sich an die Fraktion gewandt, weil sie sich über den von Winterdiensten in der Stadt verteilten und liegengelassenen Splitt ärgerten. Sie baten darum, Abhilfe zu schaffen.

Auch dieses Problems haben wir uns angenommen: In künftigen Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzen wird die Verantwortlichkeit für die Beseitigung von Streugut aller Art geregelt sein – so wurde es beschlossen.

Auch in Sachen Sanierung der Neuen-dorfer Straße/Zum Kirchsteigfeld im 3. Bauabschnitt haben wir uns der Sorgen der Anlieger angenommen. Die Kosten für die Sanierung sind umlagepflichtig. Wir haben erreicht, dass die rechtlich zulässige Höchstfrist für die Erhebung der Beiträge

ausgeschöpft wird, so dass sie nicht gleich fällig gestellt werden. Wir haben erreicht, dass durch die Ausschreibung und die Einholung des wirtschaftlichen Angebots die Kosten dieses Bauabschnittes mit denen der beiden bereits fertig gestellten vergleichbar sind. Die bisher kalkulierten Kosten liegen nämlich erheblich über denen der Bauabschnitte 1 und 2. Wir haben verlangt, dass die Veranlagung des Garagengrundstücks noch einmal überprüft wird. Hier liegt eine vertraglich gesicherte 20 Jahre währende Nutzungsbindung als Garagengrundstück vor, so dass sich die Frage einer Wertsteigerung durch die Straßensanierung, z.B. bei Umnutzung in Bauland, erst einmal nicht stellt. Dazu müssen Gespräche der Verwaltung mit dem Garagenverein geführt werden. Weiter haben wir die Bitte aufgenommen, dass Radwege sowohl auf der Fahrbahn als auch in Nebenlage eingerichtet werden.

Diese Beispiele zeigen erneut, wie wichtig der direkte Kontakt zu den Bürgern ist und was gemeinsam mit ihnen erreicht werden kann.

Dr. Sigrid Müller

# Berliner Atom-Reaktor abschalten

Anti-Atom-Bündnis Berlin-Potsdam:

Gefahr eines Terroranschlags auf den Atomreaktor in Berlin, BERII

Die Mehrheit der Bevölkerung in Berlin und Potsdam/Brandenburg weiß nicht, dass es einen Atomreaktor in Berlin gibt und ist schon gar nicht über mögliche Gefahren informiert. Kombiniert mit einem völlig unzureichenden Katastrophenschutzplan ist das Chaos bei einem Anschlag unvorstellbar.

Der Atomreaktor BERII in Berlin hat bundesweit den schlechtesten Schutz gegen terroristische Angriffe! Atomreaktoren stehen aktuell im Fokus von Terroristen, da eine Beschädigung verheerende Auswirkungen für weite Teile der Umgebung und die Bevölkerung hat.

## Gefahrenpotential:

Der Reaktor BER II sowie die Landessammelstelle bzw. das Zwischenlager für leicht- und mittelradioaktive Stoffe, betrieben vom Helmholtz Zentrum Berlin, befinden sich unmittelbar in der Bundeshauptstadt.

- Das Reaktorgelände ist gegen unge-

wolltes Betreten kaum gesichert.

- Das Reaktorgebäude, ein normaler Industriegebäude, ist in wenigen Sekunden erreichbar und nicht gegen ungewolltes Eindringen geschützt.

- Der Reaktor selbst hat kein Containment und ist nach oben offen, hat somit überhaupt keinen Schutz gegen eine gewollte Beschädigung.

- Gelände und Reaktor sind nicht gegen Spionage geschützt.

- Es findet regelmäßig ein Tag der offenen Tür statt. Die Forschung am Reaktor erfolgt überwiegend durch internationale Institutionen und Forscher.

- Mögliche Beschädigung durch z.B. Positionierung von Sprengstoff am Reaktorgebäude, Sabotage (wenige kg Sprengstoff genügen), panzerbrechende Waffen, Hubschrauber, Drohnen und Flugzeuge.

Nach Einschätzung des BUND ist generell der gezielte Abwurf von Sprengstoff aus Hubschraubern denkbar.

- Der Katastrophenschutzplan ist unzureichend und wird durch den Senat derzeit sehr schleppend überarbeitet.

- Aktuelle Sicherheitsüberprüfung ist anscheinend nicht erfolgt.

- Betriebsgenehmigung basiert auf veralteten Studien, die Terrorismus als Restrisiko einschätzen und Forschungsreaktoren teils komplett ausblenden.

## Auswirkungen eines Anschlages für Berlin und Umgebung:

Ein schwerer Unfall (eine Stufe unter Tschernobyl und Fukushima) mit Kernschmelze und Freisetzung von großen Mengen an Radioaktivität sowie hochgiftiger radioaktiver Schwebstoffe und radioaktiver Bestandteile (Uran, Plutonium etc.) ist durch die o. g. Situation leicht herbeizuführen.

Es gibt sich widersprechende Szenarien. Das worst-case-Szenario durch das Öko-Institut-Darmstadt besagt, dass eine Evakuierung von bis zu 20 km je nach Windrichtung nötig werden kann, d.h. bis nach Berlin-Mitte und angrenzende Bezirke oder Potsdam und Umgebung.

## Daher fordert das Anti-Atom-Bündnis Berlin-Potsdam:

- Bund und das Land Berlin müssen als 100%ige Finanziere umgehend eine Neubewertung der Terror-Risiken für den BER II und für das Zwischenlager Wannsee in Auftrag geben,

- der BER II ist bis zum Abschluss dieser Neubewertung sofort abzuschalten,

- das Personal ist sofort einer aktuellen Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen,

- die Neubewertung des BER II sollte einen Widerruf der Betriebsgenehmigung von Amtes wegen nach Atomgesetz §17 Abs. (5) bewirken.



## AfD: Konservativ, reaktionär, nationalistisch, rechtspopulistisch

Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, erklärte nach dem AfD-Parteitag: „Die AfD unterstreicht..., dass sie die Partei der sozialen Arroganz und des christlichen Fundamentalismus ist. Steuerpolitik: Millionen-Erbschaften sollen nicht mehr besteuert werden; sozialer Wohnungsbau: Fehlanzeige; Gesundheitspolitik: spielt keine Rolle. Statt dessen wird ein Familienbild aus dem 19. Jahrhundert gepredigt: Frauen am Herd sollen sich um die sozialen Folgen einer Wirtschaftspolitik für Reiche kümmern. Weil das nur ein Programm für die obersten 1 Prozent ist, wird dieses Programm mit Hetze gegen Muslime zusammen geklebt. Und wieder einmal zeigt sich: Das A in AfD steht für Ausgrenzung statt für eine wirkliche Alternative.“

Wir haben in der Fraktion den AfD-Programmtext analysiert. Er lässt sich mit den Worten zusammenfassen: Konservativ, reaktionär, nationalistisch, rechtspopulistisch.“

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) weist die wiederholten Angriffe der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry auf Medien und Journalisten zurück. Petry hatte auf dem Bundesparteitag der AfD in Stuttgart gesagt, die Berichterstattung sei geprägt durch „Verteufelungen und Dämonisierungen“ der AfD. Es bereite ihr „Schmerzen“, mit Journalisten zu sprechen. Und weiter: „Im Übrigen können sich Mehrheiten schnell ändern.“

Der DJV wirft der AfD-Chefin ein „gestörtes Demokratieverständnis“ vor: „Die

Hofberichterstattung, die sich Frau Petry von den Journalistinnen und Journalisten offenbar wünscht, kennen wir von autokratischen Herrschern. In unserer Demokratie hat sie jedenfalls nichts zu suchen.“ Petry versuche nach wie vor, den Medien die Schuld an Äußerungen von ihr in die Schuhe zu schieben, die in der Öffentlichkeit Kritik hervorriefen.

Kritik übt der DJV auch am Beschluss des AfD-Parteitags, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen zu wollen: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört zu den tragenden Pfeilern der journalistischen Informationsvermittlung in Deutschland. Sein Bestand ist vom Bundesverfassungsgericht garantiert. Daran kann auch ein Parteitagbeschluss nichts ändern.“

## Konto von AfD-Storch gepfändet – weil sie den Rundfunkbeitrag nicht bezahlt

Das Konto der AfD-Politikerin Beatrix von Storch wurde gepfändet, weil sie fortgesetzt den Rundfunkbeitrag nicht bezahlt. Von Storch verkündete die Kontopfändung selbst auf Twitter „Nun ist es passiert. Die GEZ hat zugeschlagen- und mein Konto gepfändet. Am 1. April, wie ich gerade erfahren...“



Beatrix von Storch ist in der Vergangenheit immer wieder durch besonders entgleiste und schräg formulierte Äußerungen aufgefallen. U.a. erklärte sie ihre Einlassung, an der Grenze notfalls auch auf Frauen und Kinder schießen zu lassen im Nachhinein damit, dass es nicht so gemeint gewesen sei, sie sei „auf der Maus ausgerutscht“. Nach den Terroranschlägen von Brüssel schickte sie via Twitter „schöne Grüße“ aus der belgischen Hauptstadt, und auf Facebook verbreitete sie auch schon mal die Verschwörungstheorie, Bundeskanzlerin Angela Merkel wolle sich nach Südamerika absetzen.

Ihren Rundfunkbeitrags-Boykott begleitet von Storch auch schon seit längerem mit Einträgen in Social-Media-Kanälen. So ist es auch wenig verwunderlich, dass sie sich nun mit der erfolgten Pfändung ihres Kontos brüstet und als Kämpferin gegen den Beitragszwang stilisiert. Die Rechtsanwältin Beatrix Amelie Ehrengard Eilika von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, ist stellvertretende Vorsitzende der Alternative für Deutschland und in Berlin eine der beiden Landesvorsitzenden ihrer Partei. Seit der Europawahl 2014 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments.





## Zentrale Spendeneinrichtung für Flüchtlinge

Am 15.12.2015 eröffnete Frau Elona Müller-Preinesberger, Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, offiziell die Zentrale Spendeneinrichtung für Flüchtlinge in der Haeckelstraße 74 in Potsdam-West (FOTO).

Die Landeshauptstadt nimmt, in Abstimmung mit den Trägern der Gemeinschaftsunterkünfte, Sachspenden zentral entgegennehmen und koordiniert die Weiterleitung an die Flüchtlingseinrichtungen und Geflüchteten.

Benötigt werden vor allem warme

Die Annahme von Sachspenden erfolgt immer dienstags von 06.30 Uhr bis 12.00 Uhr und donnerstags von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr in der Haeckelstraße 74 in Potsdam-West. Kontaktdaten für Fragen zur Spendenannahme und zur Erreichbarkeit der Spendensammelstelle: Landeshauptstadt Potsdam, Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung  
E-Mail: Fachstelle-Arbeitsmarkt@Rathaus.Potsdam.de - Telefon: 0331/2891519

Kleidung (Pullover, Jacken, Hosen, Schuhe) für Kinder, Männer und Frauen sowie Taschen, Rucksäcke, Koffer, Küchenutensilien (Teller, Tassen, Töpfe, Besteck, etc.) und Spielsachen (außer Kuscheltiere).

Bitte achten Sie darauf, dass die Sachen in einem guten Zustand und sauber sind. Von der Annahme sind Möbel und Elektrogeräte vorerst ausgeschlossen.

Seit dem 01.01.2016 wird das Team der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik von einer Bundesfreiwilligen unterstützt. Sie war zuvor als Ehrenamtliche in der Spendenannahme tätig und hilft, die Spenden anzunehmen, zu sortieren und je nach Bedarf die Spendenkisten für die Gemeinschaftsunterkünfte zu packen.

F. Dübner

## DIE LINKE: Nachbarschaftshaus „Scholle 34“ unterstützen!

Nach einer furiosen Vorstellung der Protagonisten Frau Paul, Geschäftsführerin des Stadtteilnetzwerkes Potsdam West, und Daniel Zeller im Kulturausschuss habe ich konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der Funke für das Projekt Scholle 34 überspringen konnte. Obwohl wir die Beschlussfassung noch auf Antrag der SPD verschoben haben,

hoffe ich auf gute Diskussionen in den Fraktionen, um künftig zu ausreichenden Mehrheiten für ein Bürgerhaus in Potsdam West zu kommen.

Die Aufgabe ist für alle Beteiligten nicht leicht zu stemmen. Deshalb erwarten wird in Kürze gute vertragliche Abmachungen mit der Stiftung Preussische Schlösser und

Gärten, die die Eigentümerin des Areals ist. Schon jetzt sind Planungen für die architektonische Gestaltung des Hauses, das sich heute nur als Ruine zeigt, weit gediehen. Überzeugend für uns war in erster Linie, wie groß das bürgerschaftliche Engagement schon jetzt ist, sei es bei umfangreichen Aufräumarbeiten, bei einer Gestaltungs- und Planungsleitungen, bei Anstrengungen zur Finanzierung des notwendigen Bauzuges und vor allem beim konzeptionellen, inhaltlichen Vordenken und Erarbeiten von Planungen. Deshalb wollen wir gern den Überlegungen folgen und eine planerische Ausgestaltung eines Familienzentrums mit all seinen Funktionen in die Antragstellung aufnehmen. Wir halten dies für den richtigen, weil übergreifenden Ansatz für die Weiterarbeit am Projekt, erweitert er doch auch mögliche Fördervarianten zu nutzen und stellt das Konzept auf breite Schultern.

Im Mai geht das Anliegen in die nächste Runde. Der Finanzausschuss hat auch noch ein „Wörtchen“ mitzureden. DIE LINKE wird dran bleiben, weil wir finden, dass Potsdam West nach der beispielhaften Entwicklung von bürgerschaftlichen Aktivitäten unter freiem Himmel nun endlich ein Nachbarschaftshaus verdient hat.

Dr. Karin Schröter  
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft



## Integrationspreis zum zwölften Mal

Zum zwölften Mal wird in diesem Jahr der Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam ausgeschrieben. Darüber informierte am 17. Mai Oberbürgermeister Jann Jakobs gemeinsam mit der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Birgit Müller, Jörn-Michael Westphal von der Pro Potsdam und Maria Wallraf, Mitglied des Migrantenbeirates. Bis zum 14. August können sich Träger, Organisationen und Verbände, private Initiativen, Vereine, Einzelpersonen und Bürgerinitiativen, Schulen und Kindergärten und andere um den Integrationspreis bewerben.

Der Integrationspreis wurde 2005 von den Mitgliedern des damaligen Ausländerbeirates initiiert, von den Stadtverordneten beschlossen und mit einem Preisgeld von insgesamt 1.000 Euro ausgestattet worden. Die feierliche Übergabe des 12. Integrationspreises der Landeshauptstadt findet am 25. September 2015 um 17 Uhr im Rahmen einer Festveranstaltung zur Eröffnung der „Interkulturellen Woche“ im Hans Otto Theater (Reithalle A) in der Schiffbauergasse statt.

Die Pro Potsdam stiftet erneut einen „Sonderpreis Nachbarschaft“, der im Rahmen des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam vergeben wird. Mit

ihm werden Projekte gewürdigt, die dem täglichen gutnachbarschaftlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen und Generationen dienen. Der Sonderpreis ist mit 500 Euro dotiert.

Die Preisträger werden durch eine unabhängige Fachjury ermittelt. Im vergangenen Jahr hat das Projekt „Welcome United“ des SV Babelsberg 03 den 1. Preis erhalten, das Projekt „DAZU gehören“ der Oberschule Theodor Fontane belegte Platz 2, die „Interkulturelle Frauengruppe“ des Autonomen Frauenzentrum e.V. erhielt den 3. Preis. Der Sonderpreis der Pro Potsdam wurde für das Projekt Staudenhofgarten,

ein Projekt des Wohnungsverbundes Staudenhof in Zusammenarbeit mit dem Verein Soziale Stadt und dem Fachbereich Sozialwesen der FH Potsdam, verliehen.

**Die Bewerbungsunterlagen sind zu erhalten und abzugeben beim:**

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam  
Friedrich-Ebert-Str. 79-81, Haus 6, 14469 Potsdam  
Tel.: (0331) 2893346  
Fax: (0331) 289843346  
Migrantenbeirat@Rathaus.Potsdam.de  
Weitere Infos finden Sie unter [www.potsdam.de/integrationspreis](http://www.potsdam.de/integrationspreis).



Michael Lausch, Jörn-Michael Westphal, Archibald Horlitz, Jann Jakobs, Birgit Müller und Maria Wallraf bei der Pressekonferenz. Foto: Landeshauptstadt Potsdam/Stefan Schulz



## Sanierungskonzept Kastanienallee in Fachausschüssen

Die Kastanienallee ist eine bemerkenswert schöne und den Stadtteil Potsdam-West prägende Straße. Leider erwachsen Probleme aus der verkehrlichen Belastung der Straße. Ich habe für unsere Fraktion einen Antrag erarbeitet, der die Vorbereitung eines städtebaulichen Sanierungskonzeptes für die Kastanienallee vorsieht. Dafür habe ich die Prämissen Erhalt der wunderbaren Kastanienbäume und Bewahrung des wertvollen Straßenpflasters im Stadtteil gesetzt. Ich schlage konkret vor, die Straßenflucht beizubehalten und alle Bäume zu sichern,

den unmittelbaren Bereich der Fahrbahn zu asphaltieren und die Natur-Großsteine des Pflasters in Seitenbereichen der Straße in Parkplatzflächen sowie zu gleichen Teilen in den Einmündungen aller abgehenden Nebenstraßen wieder einzubauen. Die Steine reichen für wenigstens 20 Meter tief in alle Nebenstraßen Maybachstraße, Kantstraße und Haackelstraße. Der Belagwechsel ermöglicht eine deutliche Geräuschdämmung des Straßenverkehrs in der Kastanienallee für alle Anwohner. Durch den Wiedereinbau der schönen roten Natur-

steine in allen Nebenstraßen, wo jetzt unterschiedliche teils minderwertige Beläge vorhanden sind, sowie in Nebenanlagen kann der städtebauliche Ensemblewert dieser prägenden Straße für alle weiterhin erlebbar bleiben. Es entsteht wieder ein einheitliches hochwertiges Erscheinungsbild. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planstudie dazu auszuarbeiten und mit den Anwohnern und den Stadtverordneten zu beraten. Der Vorschlag wurde in die Fachausschüsse überwiesen.

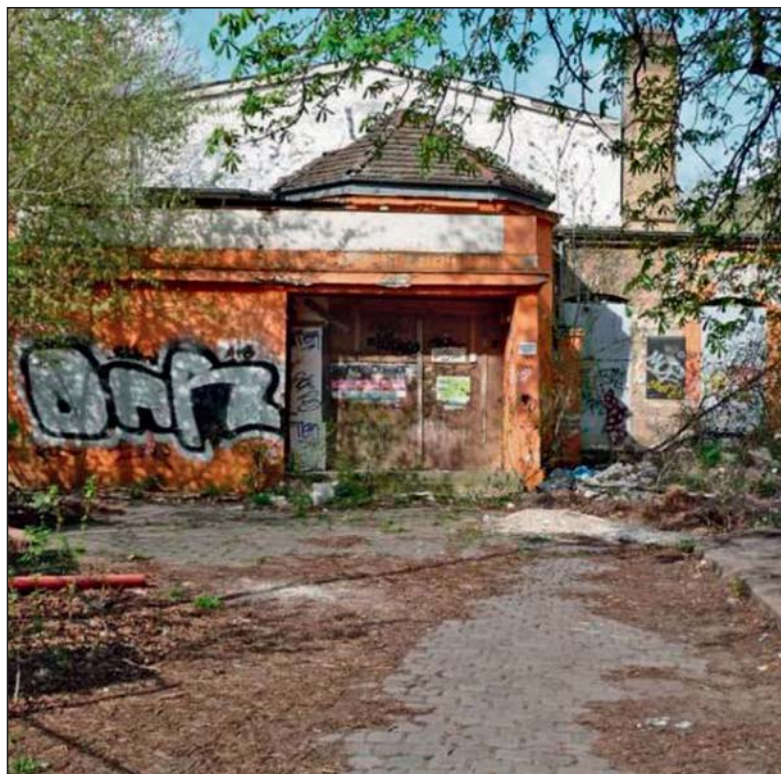
Ralf Jäkel



## Gute Nachrichten zum Kino „Charlott“

Seit 1977 steht es unter Denkmalschutz – das Kino „Charlott“ in der Zeppelinstraße. Nach dem Verkauf 2004 war lange vom Eigentümer nicht zu hören. DIE LINKE hat sich stets dafür eingesetzt, dass der Verfall nicht weiter geht und das denkmalgeschützte Gebäude ein Schmuckstück wird. Im Kulturausschuss im April konnte von der Denkmalpflege mitgeteilt werden, dass es gute Nachrichten gibt. Die Planung sieht gewerbliche und Wohnnutzung vor. Auch ein parkähnliches Gelände ist vorgesehen. Das war Anlass zur Freude. Wir hoffen, dass sich eine einvernehmliche Lösung zur Nutzung der Gesundheitsgasse anbahnt, die viele Anrainer lange vermisst haben. Wir würden uns freuen, wenn alles, was auf dem Papier steht, auch zügig realisiert werden kann. Leider dürften wir noch nicht erfahren, wer der Eigentümer ist. Spätestens zum Richtfest könnte man sich die Hand schütteln. Der Kulturausschuss wird sich wieder über den Verlauf der Bautätigkeit berichten lassen.

Dr. Karin Schröter,  
Vorsitzende des Ausschusses  
für Kultur und Wissenschaft



## Vorschläge für Bürgerhaushalt 2017

### Bürgerhaus in Eiche/Golm

In die Zukunft denken: Für ein Bürgerhaus in Eiche und Golm, das den Bewohner(inne)n der beiden schnell wachsenden Stadtteile einen Ort der Begegnung bietet, in dem ehrenamtlich aktive Einwohner/innen frei oder im Rahmen von Vereinen und Parteien ein reges Gemeinschaftsleben gestalten und sich gemeinnützig für ihre Nachbarschaft engagieren können und damit die Lebensqualität am Wissenschaftsstandort erhöhen.

### Kunstrasenfußballplatz in Golm

Die SG Grün-Weiß Golm betreibt mit mittlerweile 10 Mannschaften auf den Fußballplätzen am Kuhforter Damm Wettkampfspielbetrieb. Tendenz steigend, analog zum Zuwachs der Ortsteile Eiche und Golm.

Dazu fehlt es an einem wettkampftauglichen Kunstrasen-Kleinspielfeld in den Standardmaßen von 70x45 Metern. Dies Spielfeld ist vor allem wegen der immer wieder auftretenden witterungsabhängigen Beschränkungen und der infolge dessen ausfallenden Spiele zwingend notwendig.

Ein Kunstrasenplatz z.B. an anderer Stelle ohne entsprechenden Kabinen und dazugehörige Vereinsinfrastruktur ist keine Abhilfe.

### 30er-Zone „Im Bogen“

Die Straße „Im Bogen“ ist eine 30er-Zone. Erstens ist das Schild, wenn man von der Zeppelinstraße abbiegt, ungünstig angebracht, denn es steht viel zu weit vorne. Dort sind Autofahrer noch damit beschäftigt, auf Radler Rücksicht zu nehmen. Das ist sicher auch der Grund, warum dort viele schneller fahren. Auch die dann kommenden Straßeneinmündungen, bei denen rechts-vor-links gilt, werden meistens übersehen. In diesem Bereich sollte häufiger mal die Geschwindigkeit kontrolliert werden und weitere Kontrollen des Ordnungssamtens stattfinden.

### Mehr Sauberkeit in P-West und Innenstadt

Ich bin der Meinung in Potsdam sollte für mehr Sauberkeit gesorgt werden. Gerade in der Zeppelinstr., auf dem Basinplatz an der Kirche und am Uferweg an der Havel in Potsdam West sieht es häufig schlimm aus. Hier sollte eine häufigerer Leerungsrhythmus der Mülltonnen eingeplant werden (auch Fegen tut manchmal gut, weil nicht jeder bis zur Tonne geht). Dann sollte es insgesamt auch mehr Tonnen geben und entsprechendes Personal, dass zum Leeren eingesetzt werden kann.



## „Enkeltauglich“ vorgestellt

Anita Tack (MdL) stellte ihr Buch am 21. April 2016 in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Potsdam vor. Ca. 50 Interessierte lauschten und diskutierten mit Anita Tack und Dr. Detlef Nakath über Erfolge, Probleme und Erfahrungen in fünf Jahren als Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz = Lebensqualität. Was können LINKE Regierungsbeteiligungen erreichen und was nicht? Da war man schnell bei ganz konkreten Themen, wie der Zukunft der Energiegewinnung, dem Klimawandel und der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg sowie der Krankheit des Gesundheitswesens. Alles in Allem ein gelungener Abend, dem weitere folgen werden.



## Rote Brause und „Alte Hölle“

Potsdamer LINKE wieder auf traditioneller Himmelfahrtstour im Hohen Fläming unterwegs

Einen Tag wie diesen wird man nicht so schnell vergessen: Die Himmelfahrtstour bei schönstem Maiwetter in den frühlingsgrünen Hochfläming! Da waren fast 50 Mitglieder und Sympathisanten der „LINKEN“, zu einem frohen fahrenden Volk versammelt, von denen sich viele bereits vor Monaten zu diesem traditionellen „Wander-ausflug“ vormerken ließen. Bei humoriger und kurzweiliger Unterhaltung im Bus ging die Fahrt über Beelitz, Brück und Bad Belzig nach Wiesenburg. Dort begrüßte uns als Überraschung Genossin Astrid Rabinowitsch mit herzlichen Worten und eisgekühlter roter Brause.

Die von zwei sachkundigen Parkführern geleitete Wanderung um das schöne Wiesenburger Schloss und durch den Schlosspark war Inhalt des ersten Teils unserer Tour. Der zweite Abschnitt ging von Neuhütten durch den Wald nach Reetzerhütten zum ehemaligen Forsthaus „Alte Hölle“. Dieses geschichtsträchtige, fast versteckt gelegene Anwesen ist seit vielen Jahren eine empfehlenswerte Gaststätte



mit dazugehörigem Hotel. Das von der Familie Schmitz-Bienek betriebene Restaurant hat alle unsere Wünsche nach Sättigung und Erholung bestens erfüllt.

Die Rückfahrt nach Potsdam mit dem von uns allen gewünschten und geschätzten „Verdienten Lenker des Volkes“ Thomas H. durch die schöne Fläminglandschaft hat diesen Ausflug erinnerenswert gemacht. RD



## SUDOKU

		8				2		
		7			6			1
	2				9			6
			1	8			6	
8								5
	1			3	2			
3			7					4
9			6			1		
		4				6		

### Auflösung Mai

6	1	5	3	2	7	8	4	9
8	7	4	6	1	9	5	2	3
9	3	2	8	5	4	6	7	1
1	6	9	2	3	8	4	5	7
4	8	3	9	7	5	2	1	6
5	2	7	4	6	1	3	9	8
7	9	8	5	4	6	1	3	2
3	4	6	1	9	2	7	8	5
2	5	1	7	8	3	9	6	4

## tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

**Mittwoch, 01.06.2016, 16.00 UND 19.00 Uhr:**

Mit Kamera und Kochbuch durch Indien - „Kolkata und die Sunderbans“. Ingrid Püschel erzählt in ihren Filmen von ihren abenteuerlichen Reisen ganz allein durch Indien.\*

**Donnerstag, 02.06.2016, 19.00 Uhr:**

Vermessung der Utopie - Gedanken über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft. Mit Raul Zelik im freiland e. V., Potsdam, Friedrich-Engels-Str. 22, 14473 Potsdam, Café im freiland e. V.\*\*

**Freitag, 03.06.2016, 14.00 Uhr:**

Kinderfest am Stern vor dem Bürgerhaus Sternzeichen

**Sonabend, 04.06.2016, 14.00 Uhr:**

Kinderfest auf dem Weberplatz in Babelsberg

**Dienstag, 07.06.2016, 14.00 Uhr:**

„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“\*

**Freitag, 10.06.2016, 14.30 Uhr:**

Infstod am Keplerplatz

**Montag, 13.06.2016, 14.30 Uhr:**

„Der blaue Planet - ein Wunder der Natur (8) - Die Aufgabe unserer Bäume“.\*

**Dienstag, 21.06.2016, 14.00 Uhr:**

„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“.\*

**Dienstag, 21.06.2016, 19.00 Uhr:**

Victor Grossmann, Publizist und in der BRD lebender USA-Bürger, spricht zum Thema „Der Vorwahlkampf in den USA - das andere Amerika“. Eine Veranstal-

tung der Regionalgruppen Potsdam des RotFuchs Fördervereins und der GBM im Haus 1, Seminarraum, 1. Etage im „freiland“.

**Donnerstag, 23.06.2016, 13.00 bis 20.00 Uhr:**

Generationen linker Politik in der Bundesrepublik 1947 – 1984. (Öffentliche) Tagung des RLS-Promotionskollegs «Geschichte linker Politik in Deutschland jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus». Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam, Am Neuen Markt 1.\*\*

**Montag, 27.06.2016, 14.30 Uhr:**

Im Gespräch mit unserer Rechtsanwältin Martina Scholz: „Zu Rechtsfragen des Alltags“.\*

\* Seniorenclub der Dahlweid-Stiftung, im Kashmir Haus, Garnstr. 17, 14482 Babelsberg. ACHTUNG: Ab Ende Juni in der Paul-Neumann-Str. 19 in 14482 Babelsberg (altes „Bonzencafé“).

\*\* Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53, Potsdam Mitte